„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal; 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Etwas vom Wahlkampf

Nicht ganz zwei Wochen trennen uns vom Wahltage des 28. Juli, der ein scharfes Ringen um die Regierungsgewalt in Canada zum Abschluß bringen wird. Die gedrückte Wirtschaftslage im Zusammenhang mit einer Weltwirtschaftskrise, die Absatzschwierigkeiten für den canadischen Weizen, die Arbeitslosigkeit in den Städten, der Kampf um das Dunning-Budget und um die Ausdehnung der canadischen Märkte im Auslande sind einige bemerkenswerte Streitpunkte im gegenwärtigen Wahlkampfe. Soweit der Farmerwesten in Frage kommt, sollte den Wählern die Entscheidung nicht schwer fallen.

Was uns besonders nachdenklich stimmen sollte, ist, daß anscheinend aus dem Osten große Geldsummen nach dem Westen fließen, um die Wähler im Sinne der konservativen Partei zu beeinflussen. Das muß uns mißtrauisch machen. Denn wir wissen nur zu gut, daß die kapitalistischen und großindustriellen Kreise des Ostens alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre selbstsüchtigen Interessen, selbst auf Kosten des Westens, mit Hilfe der Torypartei durchzudrücken. Wir haben Verständnis dafür, daß auch die Fabriken des Ostens im canadischen Wirtschaftsleben eine bedeutsame Rolle spielen, aber wir müssen uns dagegen wehren, daß man dem Farmerwesten den Todesstoß versetzt, um die Gewinne der Fabrikanten und Großaktionäre ins Unermeßliche zu vermehren. Jede Stimme, die im Westen für die konservative Partei abgegeben wird, ist ein Sargnagel für unseren Farmerstand, der nicht von einer Hochschutzzollpolitik eine Erleichterung seiner gedrückten Lage erwarten kann, sondern nur von einer klugen Handelspolitik, wie sie im Dunning-Budget in ihren Grundzügen niedergelegt ist. Das Prinzip dieses mit Recht berühmten Dunning-Budgets ist es, jenen Zollvergünstigungen und Handelsvorteile für die Einfuhr ihrer Waren zu gewähren, die auch ihrerseits bereit sind, unserem canadischen Weizen einen Platz auf ihrem Markte einzuräumen. Gelingt diese Politik — woran kein Zweifel sein kann —, so sind auch die anderen Schwierigkeiten unserer Wirtschaftslage wie die Geschäftsstockung und die Arbeitslosigkeit leichter zu beseitigen. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen all den kleineren und größeren Uebeln unserer Zeit. Wird aber die Wirtschaftspolitik auf ein gesundes Fundament wie das Dunning-Budget gestellt, so kann die Gesundung normal fortschreiten.

Wenn Herr Bennett, der konservative Führer, den Arbeitslosen verspricht, er beabsichtige die Einberufung einer Spezialsession des canadischen Parlaments, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, so müssen wir dies als eine leere Wahlparole bezeichnen. Mit einer solchen Spezialsession des Parlaments in Ottawa läßt sich das Problem nicht lösen, weil seine Wurzeln viel tiefer liegen, ja sogar bis in die allgemeine Weltkrisis hineinreichen. Man würde das Pferd von hinten aufzäumen, wollte man sich auf das Versprechen des Herrn Bennett verlassen und nach seiner Absicht handeln. Die Lösung des Problems kann nur Hand in Hand mit der Gesundung der allgemeinen Wirtschaftslage gehen.

In seiner Rede in Regina legte Herr Bennett auch gegen die mit verschiedenen Ländern bestehenden Handelsverträge los und versprach deren Kündigung, wenn er ans Ruder käme. Er nahm dabei auch auf einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Canada bezug, obwohl er als konservativer Führer wissen sollte, daß ein solcher Handelsvertrag gar nicht besteht. Manche Torygegner werfen hingegen in deutschen Distrikten der liberalen Regierung vor, sie habe es unterlassen, einen Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen. Nun stelle man sich einmal das Bild vor: Der konservative Führer will den Handelsvertrag zwischen Canada und Deutschland, der überhaupt nicht besteht, zerreißen, während konservative Agitatoren der liberalen Regierung einen Vorwurf daraus machen wollen, weil sie einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen hat. Es muß schon eine große Geistesverwirrung im Torylager herrschen. Oder handelt es sich nur um eine Irreführung der deutschen Wähler?

Mit welchen Mitteln weiterhin unsere deutschsprechenden Freunde bearbeitet werden, um ihre Stimmen einzufangen, geht aus folgender Mitteilung an den „Courier" hervor: In einer Versammlung hat ein Redner die Behauptung aufgestellt, es sei eine liberale Provinzialregierung in Saskatchewan gewesen, welche das Recht auf deutschen Unterricht in den Schulen abgeschafft habe. Verschwiegen wird aber, daß es eine stürmisch verlaufene Konvention der Schulvorsteher unter Leitung von Herrn Bryant, dem gegenwärtigen Minister in der konservativen Regierung für Saskatchewan, war, welche die Beseitigung des deutschen Unterrichts unter dem Einfluß der Kriegshetze nachdrücklich forderte. Verschwiegen wird ferner, daß die konservative Provinzialregierung den Deutschcanadiern die letzten kümmerlichen Rechte entrissen hat. Verschwiegen wird, daß nach einer Auslegung des Schulgesetzes durch das Department des Justizministers die deutsche Sprache im Religionsunterricht verboten sein soll. Verschwiegen wird, daß es unseren alten deutschsprechenden Pionieren erschwert oder fast unmöglich gemacht wird, Schulvorsteher zu werden. Verschwiegen wird, daß es verboten ist, die Steuerzahlerversammlungen der deutschen Schuldistrikte in deutscher Sprache abzuhalten. Verschwiegen wird, daß alle diese Unterdrückungsmaßnahmen gegen die deutschsprechende Minderheit von der konservativen Regierung in Regina ausgegangen sind. Verschwiegen wird, daß die konservative Partei es war, welche den Deutschcanadiern während des Krieges das Stimmrecht, das edelste Recht des Bürgers, geraubt hat.

Wenn die Konservativen glauben, daß sie durch Schmeicheleien oder durch Verdrehung der Tatsachen oder durch Verschweigen von deutschfeindlichen Maßnahmen die deutschcanadischen Stimmen fangen können, so sei ihnen gesagt, daß weite deutschsprechende Kreise die heuchlerische Torypropaganda sehr wohl durchschauen. Das konservative Organ in Regina allein im Bunde mit dem anglikanischen Bischof George Exton Lloyd beweist uns zur Genüge, welcher Geist in der konservativen Partei herrscht. Gegenwärtig sucht man uns die freundlichste Miene zu zeigen, uns zu streicheln und zu beschwichtigen. Doch wir müßten ein sehr kurzes Gedächtnis haben, wenn wir auf diesen Leim kriechen wollten. Ohne Zweifel ist das stärkste Mißtrauen gegen die konservative Partei angebracht.

Sir Arthur Conan Doyle

Sir Arthur Conan Doyle, der schon seit Monaten kränkelte, wurde auf seinem Landgut Windlesham (England) von einem Herzschlag dahingerafft. Er war 71 Jahre alt.

Conan Doyle, der am 22. Mai 1859 in Edinburgh geboren wurde, entstammte einer Künstlerfamilie von bekannten Malern und Karikaturenzeichnern, deren Reihe bis zu seinem Urgroßvater, John Doyle, zurückging. Er studierte in Edinburgh und an deutschen Universitäten Medizin und ließ sich im Jahre 1882 als Kleinstadtarzt in Southsea nieder, wo er acht Jahre lang eine nicht sonderlich einträgliche Praxis ausübte.

Seine bescheidenen Einnahmen brachten ihn im Jahre 1887 auf die Idee, sich nebenbei schriftstellerisch zu betätigen. Nach ein paar Jahren machte er einen Schlager mit der von ihm erfundenen Figur des scharfsinnigen Detektivs „Sherlock Holmes". Gleich die erste dieser Detektivgeschichten, "Die Abenteuer des Sherlock Holmes", brachte ihm ein so großes Vermögen ein, daß er seinen ärztlichen Beruf aufgab. Und später erfand er immer wieder neue „Sherlock Holmes"-Geschichten, welche in England und Amerika bis zum Jahre 1901 förmlich verschlungen und später in viele Sprachen übersetzt wurden. Die beiden letzten waren „Der Hund von Baskerville" und „Sherlock Holmes' Rückkehr". Auch die Bühne eroberte sich „Sherlock Holmes", dargestellt von William Gillette, mit einem den Doyle'schen Geschichten entlehnten Melodrama, das in London und New York schier endlose Aufführungen erlebte. Conan Doyle wurde in wenigen Jahren Millionär. Nebenbei veröffentlichte er Geschichten über die Kriege des ersten Napoleon, von denen eine, „Waterloo", auch den Weg auf die Bühne fand und von keinem Geringeren als Sir Henry Irving aufgeführt wurde.

Seinen medizinischen Beruf übte Sonan Doyle nur noch einmal wieder aus, in einem Feldlazarett des Burenkrieges, den er mitmachte. Ueber den Burenkrieg schrieb er zwei Bücher, welche dem damaligen britischen Kabinett so zusagten, daß es sie als Propagandaschriften in allen Ländern vertreiben ließ. Für diese literarische Dienstleistung wurde Conan Doyle in den Adelsstand erhoben.

Im Weltkrieg verlor er seinen Sohn Kingsley, was ihn in seinen bis zum Fanatismus gehenden Neigungen zum Spiritismus bestärkte, die schon vorher erwacht waren. Er veröffentlichte nicht mehr Romane, sondern nur noch spiritistische Bücher und durchzog auch als Propagandist für den Spiritismus die Länder englischer Zunge, was ihm allerlei Kontroversen eintrug, vor allem die bekannte mit dem verstorbenen Taschenkünstler Houdini, mit dem er persönlich befreundet war und sich wegen verschiedener Ansichten über den Spiritismus entzweite.

Weltumschau

Die deutsche Finanzkrisis Nachdem der Reichsrat gegen Ende der letzten Woche das Steuerprogramm des neuen Finanzministers Hermann Dietrich gutgeheißen, lag dieses dem Reichstag in erster Lesung vor. In längerer Rede begründete der Minister seine Deckungspläne. Mit größter Aufmerksamkeit wurden seine Ausführungen verfolgt. Trotzdem nicht zu verkennen war, daß er starken Eindruck machte, muß doch gesagt werden, daß die Stimmung selbst in Regierungskreisen eine stark pessimistische ist. Ob im Reichstag eine Mehrheit für diese neuen Steuerpläne zu erlangen sein wird, trotzdem sie lange nicht so drastisch sind, als jene des zurückgetretenen Finanzministers Moldenhauer, ist zur Zeit noch ziemlich fraglich.

Die Deutschnationalen haben sich in einer Fraktionssitzung einstimmig gegen das neue Programm ausgesprochen und dadurch geht die Regierung der 30 Stimmen aus den Hugenberg'schen Lager verlustig, die seither unter Graf Westarps Führung auf Seiten des Kanzlers Brüning zu finden waren. Ein Paktieren mit den Sozialisten zur Erlangung der erforderlichen Stimmenmehrheit dürfte sich, obgleich in den letzten Tagen Fühler nach der Richtung hin ausgestreckt wurden, als erfolglos erweisen, da auch die Sozialisten nicht gewillt sind, die Verantwortlichkeit für die Auferlegung neuer Steuerlasten auf sich zu nehmen.

So wird nun davon gesprochen, den Nachtrags-Etat möglichst rasch durchzupeitschen und den Reichstag dann in Ferien zu schicken. Dann dürfte sich die Brüning-Regierung anschicken, unter Zurückgreifung auf Artikel 48 der Verfassung das Steuerprogramm durch Dekret in Kraft zu setzen. Die schließliche Abrechnung mit dem Reichstag hätte dann allerdings später noch zu kommen. Wie ersichtlich, ist also die Lage noch so verworren, wie je. Da und dort wird von einem baldigen Rücktritt des Kabinetts Brüning gesprochen. Immerhin hofft man die Entscheidung wenigstens bis nach den geplanten Befreiungsfeiern im Rheinland, an denen Reichspräsident von Hindenburg teilnehmen wird, hinausschieben zu können.

Paris schützt Separatisten Pierre de Margerie, der französische Botschafter in Berlin, setzte Reichsaußenminister Dr. Julius Curtius davon in Kenntnis, daß die französische Regierung mit Bedauern von den Ausschreitungen gegen Separatisten im geräumten Rheinlande Kenntnis genommen habe. Der Botschafter verwies auf das Haager Amnestie-Abkommen, durch das Deutschland sich verpflichtet habe, die früheren Separatisten, die während der französischen Besetzung eine Bewegung für eine rheinische Republik eingeleitet hatten, nicht zu verfolgen. Er drückte die Hoffnung aus, daß Deutschland im Geiste dieses Abkommens handeln werde.

In Kreisen des auswärtigen Amtes wurde inoffiziell erklärt, daß es sich bei den Ausschreitungen gegen die Führer der Separatistenbewegung um rein lokale öffentliche Kundgebungen handele, durch die keine andere Nation betroffen werde. Es wurde betont, daß die deutsche Polizei erst kürzlich wieder in das Rheinland gekommen sei und daher Schwierigkeiten hatte, die Demonstrationen gegen die Separatisten zu handhaben.

Sprachenstreit in Belgien Der Sprachenstreit, der seit zwei Jahren in Belgien eine schwüle politische Atmosphäre geschaffen hat, hat jetzt auch das Heer ergriffen. Trotz des Umstandes, daß getrennte Einheiten für Wallonen und für Flamen geschaffen sind, sind doch einige flämische Rekruten unter die Wallonen geraten. Neulich weigerte sich ein flämischer Soldat, der perfekt französisch spricht, französisch gegebene Befehle auszuführen. Der „aus Ueberzeugung Ungehorsame" mußte wegen Gehorsamsverweigerung ins Gefängnis, wurde aber gleich entlassen und in eine flämische Einheit eingereiht.

Der Vorfall wurde vor das Parlament gebracht, wo der Minister für nationale Verteidigung keine Schwierigkeit hatte, das Haus zu überzeugen, daß die gegenwärtige Regierung aufrichtige Anstrengungen mache, den Sprachenrechten der Flamen Respekt im Heer zu verschaffen, wie sie auch in der öffentlichen Verwaltung und künftig ebenfalls im Department für Unterrichtswesen respektiert würden.

Durch den Verlauf dieses Falles ermutigt, haben zwei andere überzeugungstreue Flamen, die in Namur, einem wallonischen Zentrum, in Garnison liegen, begonnen, Befehle von französisch sprechenden Offizieren zu mißachten.

England und die amerik. Zolltarife Ein Gesuch, in welchem sich England gegen die Plötzlichkeit der Durchführung des neuen amerikanischen Tarifes wendet, wurde durch den englischen Botschafter dem Staatsdepartement in Washington übermittelt. Sir Ronald Lindsay, der englische Botschafter in den Ver. Staaten, ist von der englischen Regierung beauftragt worden, der Regierung der Ver. Staaten ein Gesuch zu unterbreiten, in welchem die englische Regierung um die Erlaubnis bittet, die Schiffe ohne Einmischung umladen zu können, welche sich auf dem Wege nach den Ver. Staaten befinden hätten zur Zeit, als der neue Tarif rechtskräftig geworden sei. Das Gesuch stützte sich auf die Tatsache, daß es ungerecht sei, einen neuen Tarif so plötzlich einzuführen, ohne daß die Schiffsgesellschaften vorher gewarnt würden. Der neue Tarif trat bekanntlich sofort in Kraft, nachdem er von dem Präsidenten Hoover unterzeichnet worden war.

Stalin auf dem Wege zu größerer Macht Wichtige Veränderungen in der Sowjetverwaltung werden bald vor sich gehen mit der Möglichkeit, daß Joseph W. Stalin als Generalsekretär der kommunistischen Partei zurücktritt und der Nachfolger von Alexis Rykoff als Premier Sowjetrußlands wird. Obgleich bis jetzt endgültige Entscheidungen betreffs des Rücktrittes Rykoffs noch nicht bekannt geworden sind, hat man aus durchaus zuverlässiger Quelle doch in Erfahrung gebracht, daß Rykoffs Rücktritt nicht mehr weit entfernt ist. Der Rücktritt wird auf die Opposition Rykoffs gegen die Führung Stalins zurückgeführt.

Stalin würde seinen Einfluß keineswegs untergraben, wenn er Rykoff auf dem Posten nachfolgen würde, welchen Lenin einst besessen hatte, vielmehr würde er noch einen bedeutend größeren Einfluß auf den politischen und wirtschaftlichen Werdegang der Sowjetunion haben. Wenn dies alles so kommen sollte, wie zuverlässige Kreise behaupten, dann würde Rykoff nach seinem Rücktritt weiter im Kabinett bleiben und zwar würde er den Posten eines Außenministers übernehmen.

M. M. Litwinoff, welcher bisher diesen Posten inne gehabt hat, wird aller Wahrscheinlichkeit nach als russischer Botschafter nach Berlin abgeschoben werden, vorausgesetzt, daß er sich dem zukünftigen Regime Rykoffs fügen und diesen Posten annehmen wird. Verschiedene weitere wichtige Veränderungen sind in Moskau in Erwägung gezogen worden. Unter anderem soll der augenblickliche Präsident des obersten Wirtschaftsrates Valerian Kubyshef, seines Amtes enthoben werden.

Italien und die „Ver. St. von Europa" In seiner Antwort auf die kürzliche Note des französischen Außenministers Aristide Briand gibt Italien bekannt, daß die Abrüstung eine der Bedingungen ist, unter denen Italien geneigt ist, in die Diskussion des Planes der „Vereinigten Staaten von Europa" einzutreten. In der formellen Note, die das italienische Auswärtige Amt an Paris gerichtet hat, sind noch eine Reihe anderer Bedingungen aufgeführt.

Der italienische Standpunkt umfaßt: Zusammenarbeit als Mitglieder eines Bundes, nicht aber einer Einheit, bei völliger Unabhängigkeit aller Beteiligten; die Teilnahme Rußlands und der Türkei und die Verwerfung einer solchen Föderation, wenn nicht Abrüstung vorgesehen ist.

In dem nach Paris gesandten Memorandum heißt es: „Abrüstung, dieses in dem französischen Memorandum nicht formulierte Prinzip, stellt nach Meinung der Faschistenregierung einen wesentlichen Faktor in der Zusammenarbeit unter den Nationen und der Lösung des allgemeinen Sicherheitsproblems dar. Abrüstung muß deshalb irgend einem Projekt der Ver. Staaten von Europa zugrunde liegen."

Die Antwort erklärt, daß jede Gefahr, die das Sicherheitsgefühl unter den Völkerbund-Nationen beeinträchtigen könnte, vermieden werden sollte.

Aufstand in Portugal unterdrückt Fast gänzlich ohne äußere Machtentfaltung hat die portugiesische Regierung eine von dem monarchistischen Führer, Oberst Joao Almeida, eingeleitete revolutionäre Bewegung im Keime erstickt. Eine offizielle Erklärung machte bekannt, daß Oberst Almeida und mehrere Zivilisten verhaftet worden sind. Die Nachricht von der Verhaftung war das erste Anzeichen, daß eine Verschwörung bestand, das einer Diktatur gleichkommende Regime unter Präsident Oscar Carmona zu stürzen.

Die Bekanntmachung der Regierung wurde gestern abend veröffentlicht und hatte folgenden Wortlaut: „Oberst Joao Almeida ist verhaftet und auf die Festung Elwas geschickt worden, nachdem festgestellt worden war, daß er eine revolutionäre Bewegung zum Sturz der Regierung vorbereitete und mit Elementen in Verbindung stand, die der Diktatur offensichtlich feindlich gesinnt sind. Es sind ferner mehrere Zivilisten verhaftet worden. Die Polizei fährt fort, das Netzwerk der Verschwörung zu untersuchen. Energische Maßnahmen sind getroffen worden, um eine Störung der Ordnung zu verhindern."

Obgleich die Bewegung unter Führung des bekannten Monarchisten Almeida stand, hatten sich ihr auch mehrere andere Gruppen angeschlossen, darunter die Demokraten, die durch die Revolution von 1926 zur Macht gelangten. Tatsächlich dominierten die Demokraten unter den Führern der Bewegung.

Unruhe in Aegypten Die politische Unruhe Aegyptens nahm drohende, kriegerische Gestalt an. Bei einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Anhängern Nahas Pascha, des bekannten Wafdisten-Führers, mit der Polizei und aufgebotenem Militär in Mansurah wurden sechs Personen getötet und 49 verwundet. Der Krawall begann, als das Auto des früheren Premiers, gefolgt von 20 oder 30 nationalistisch gesinnten Studenten, durch einen von der Polizei gezogenen Kordon brach. Aegyptische Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett brachten den Kraftwagen zum Stillstand.

Die Truppen wurden von der angesammelten Menge mit einem Regen von Steinen und mit Sand gefüllten Flaschen überschüttet. Vor dem Haus von Schinnawi Bei, kam es zu einem aufregenden Handgemenge, das immer heftiger wurde und die Polizei schließlich veranlaßte, von ihren Feuerwaffen Gebrauch zu machen. Während des Kampfes wurden drei Polizisten und drei der Demonstranten getötet. Militär und Polizei zählten 37 Verwundete, die Nationalisten deren nur 12.

Ungarns Innen- und Außenpolitik In Gegenwart von vier Kabinettsmitgliedern und 70 Parlamentsangehörigen erklärte der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen in Debreczin, die ungarische Thronfolge könne nur auf gesetzliche Weise geregelt werden. Er ergriff das Wort gegen die von ihm als „falsch und unbegründet" bezeichneten Gerüchte im Ausland, die von der möglichen Rückkehr des früheren Kronprinzen, Erzherzog Otto handelt, der gegenwärtig in Belgien studiert.

Die Regierung, sagte er, sei entschlossen, ohne Erbarmen gegen die Schuldigen an diesen Gerüchten vorzugehen, da die Rückkehr Ottos ein mit Gefahr für Ungarn verknüpftes Ereignis darstelle.

International, sagte der Minister, sei Ungarn heute weniger isoliert unter den Völkern der Erde, als vor zehn Jahren. Es sind Freundschaftsverträge mit Italien, den Vereinigten Staaten, Deutschland, der Türkei, Griechenland, Polen und anderen Nationen abgeschlossen worden und die Beziehungen zu Oesterreich sind ausgezeichnete.

Bethlen glaubt, daß der Young-Plan und die Lösung des östlichen Reparations-Problems, die Streitfragen Ungarns mit seinen Nachbarn endgültig geschlichtete. Am finanziellen Horizont sieht er allerdings im Augenblick die Schatten einer Wirtschaftskrise, die, wie er sagte, im Ausland lebende Ungarn zur Förderung ihrer eigenen Zwecke und zum Schaden ihres Vaterlandes ausnützen. Zum Schluß wiederholte der Ministerpräsident, daß Ungarn mit einer Aenderung der Bedingungen des Friedensvertrages von Trianon rechne, der seiner Ansicht nach wirtschaftliche Fehler zum Schaden Ungarns und ganz Mitteleuropas enthalte.

Er bestand darauf, daß Ungarn an der Donau die Stellung eingeräumt werde, zu der es seine 1000jährige Arbeit berechtige, und meinte, daß unter diesen Umständen Ungarn gerne bereit sei, an dem Europabund-Plan des französischen Außenministers Briand mitzuarbeiten.

Unschuldig verurteilt

Beim italienischen Justizministerium ist vom Generalstaatsanwalt ein Gesuch um Begnadigung der noch lebenden Personen, die im Jahre 1912 in dem Cuocolo-Mordprozeß zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, eingereicht worden.

Ueber die Vorgeschichte dieses ungewöhnlichen behördlichen Schrittes, der von dem Vorsitzenden des Cuocolo-Prozesses und von fünf Geschworenen, die seinerzeit den Schuldspruch fällten, gebilligt wird, brachten die römischen Blätter folgendes:

Am 8. Juni 1906 wurde bei Neapel das Ehepaar Cuocolo durch zahllose Dolchstiche umgebracht. Für den Mord machte man die Camorra verantwortlich. Bis zum Februar 1907 wurden über 60 Camorristen verhaftet. Einer von ihnen, Abbaemappio, legte ein Geständnis ab, dem zufolge der Mord im Mai 1906 von der Camorra beschlossen wurde, weil das Ehepaar Cuocolo angeblich der Polizei Späherdienste leistete. Nach beinahe fünfjähriger Voruntersuchung begann der Prozeß am 11. Mai 1911 vor dem Schwurgericht von Viterbo und endete nach vierzehn Monaten am 8. Juli 1912.

Die Zahl der Angeklagten betrug im Anfang 57, verminderte sich aber während des Prozesses auf 19. Die Zahl der Zeugen belief sich auf 587. Acht der Angeklagten wurden wegen Doppelmordes zu je 30 Jahren Zuchthaus verurteilt, einer zu 20 Jahren, alle übrigen zu geringeren Strafen, die zum Teil durch die lange Untersuchungshaft verbüßt waren. Bei der Verkündung des Urteils rief der verurteilte Camorraführer mit gellender Stimme durch den Saal: „Ihr Mörder, ihr habt Unschuldige verurteilt!"

Die Verurteilten und ihre Verwandten suchten über elf Jahre eine Revision des Prozesses zu erlangen, die aber im Dezember 1923 endgültig abgewiesen wurde. Auf Grund eines vor einigen Monaten von dem Hauptzeugen Abbalmaggia eingereichten Dokumentes, in dem er erklärte, er hätte bei dem ihm im Jahre 1907 abgelegten Geständnis aus Zwang gehandelt, sind jetzt der Generalstaatsanwalt und der Prozeßvorsitzende zur Ueberzeugung gekommen, daß die Verurteilten zu Unrecht schuldig gesprochen waren.

Von den neun Verurteilten hat einer die Strafe bereits verbüßt und zwei sind tot. Wahrscheinlich wird die Begnadigung erfolgen, da die verurteilten Camorristen seit 1907 hinter Schloß und Riegel sitzen, und überdies das sozialpolitische Ziel des Prozesses, die Vernichtung der Camorra in Neapel, längst erreicht worden ist.

Schwarze Tage über Amerika

Von Werner Beringer

Wieder wie im Herbst vorigen Jahres tauchen die Kurse in Wallstreet in die tiefsten Tiefen. Wieder greifen Verzweifelte zum Revolver oder stürzen sich aus den Wolkenkratzern in den sicheren Tod. Im November 1929 ging es um den Sparpfennig der Witwe, um die enttäuschten Hoffnungen der Kleinen. Jetzt schnürt die Börsenkrise der Masse der 24,000 amerikanischen Banken den Atem ab, die damals dank dem Vorgehen der Morgangruppe und der Bildung eines Interventionskonzerns über Wasser geblieben sind. Ihnen als den Betriebsstoffspendern der amerikanischen Wirtschaft galt auch die gleichzeitige Rettungs- und Stützungsaktion Hoovers, der Nachlaß an Steuern und öffentlichen Lasten und die mit der Autorität des Präsidenten ausgestattete Kundgebung: „Es war alles nicht so schlimm. Es geht schon wieder aufwärts. Prosperity! Glänzendes Geschäft!" Weder durch verdächtige Börsenmanipulationen noch durch billige Redensarten läßt sich die amerikanische Wirtschaftskrise aber auf die Dauer bannen. Zwar gelang es den Großbanken, der aufgeworfenen Vertrauenswelle einen großen Teil der bei den Stützungskäufen aufgenommenen Effekten mitzugeben. Aber das meiste blieb zu ungünstigen, überhöhten Kursen in ihren Tresors, und die Geldknappheit, die trotz des niedrigen Diskontsatzes bei zahlreichen Banken und Industrieunternehmungen besteht, zwang im Verlauf der letzten Monate immer wieder zu dem Schmerzensgang nach den Verkaufsständen der Börsenmakler. Nach dem ernüchternden ersten Ungewitter am zweiten Pfingsttage, der in New York Börsentag ist, kommen nun die Kursstürze Tag für Tag als Ausdruck einer Panikstimmung, die wiederum tageweise die Entwertung der Effekten bis zu vier und fünf Milliarden Dollar trieb. Vergleicht man die jüngsten Börsenkurse mit ihrem Tiefstand im November des Vorjahres, von dem sie durch die erwähnten Maßnahmen wieder in die Höhe gepumpt waren, dann erkennt man die Krampfhaftigkeit dieser Bemühungen. Die sicher fundierten Werte der großen Eisenbahnunternehmungen wie Baltimore und Ohio, Pennsylvania, New York-Zentral werden schon heute unter den Kursen der vorjährigen schwarzen Tage gehandelt. Bethlehem Stahl und U.S. Stahl liegen bereits auf dem Paniknivcau; das Gleiche gilt von dem riesigen Autounternehmen Chrysler und erst recht von den Kupferwerten des Landes, das 70 Prozent der Kupfererzeugung der Erde bestreitet. Nur General Motors, einige elektrische und einige chemische Werte bieten dem Sturm noch Trotz, sind aber ebenfalls schon bedenklich abgebröckelt. Von der Schwere der Krise sprechen vielleicht am deutlichsten die Kurse der großen Warenhäuser, Versandgeschäfte und Kettenläden wie Woolworth, Sears Roebuck und andere, die sich auf den Massenbedarf der amerikanischen 120-Millionen-Bevölkerung stützen und deshalb als gegen jeden Sturm gefeit galten; denn Kleider, Schuhe, Eßwaren muß die Bevölkerung ja abnehmen. Aber auch zu ihnen hat die Börse kein Vertrauen mehr und kann es nicht haben, weil mehr als sechs Millionen Arbeitslose mit ihrem Anhang aus den kaufkräftigen Massenschichten für unbestimmte Zeit ausgeschieden sind. Wohl kam auch gegen diese Not Hoover mit Bauprogrammen für öffentliche Rechnung und ähnlichen Mitteln.

Die Krise aber schreitet fort. Ihr Ende ist noch nicht abzusehen. Den stärksten Anstoß erhielt sie in der letzten Zeit durch die Annahme der Zolltarife im amerikanischen Parlament. Niemand traut Hoover den Mut zu, diesen Schlag gegen den Handel aller übrigen Staaten der Erde, der sich schließlich gegen den amerikanischen Handel auswirken muß, durch seinen Einspruch gegen die Tariferhöhungen abzuwenden. Der Präsident selbst erklärte bereits, daß den sich benachteiligt fühlenden Staaten Gelegenheit zur Vereinbarung von Ausnahmetarifen gegeben werden soll. Das bezieht sich in erster Linie auf Canada, den wichtigsten Außenhandelskunden der Vereinigten Staaten, das schon heute einen Kampftarif mit dem ausdrücklichen Zweck beschlossen hat, nun auch Amerika das Leben sauer zu machen.

Für die Entwicklung des deutschen Handels mit den Vereinigten Staaten sind weder die Börsenkrise noch die Zolltarife gleichgültig. Deutschland gehört ja zu den Ländern, die durch jene brutale Maßnahme am stärksten getroffen werden sollen. Noch schwerer als jene Tarife schädigt unseren Außenhandel wahrscheinlich aber die Börsenkrise als Ausdruck der Unfähigkeit der Hoover-Regierung, mit den innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten Amerikas fertig zu werden. Es ist schon ein Beweis außergewöhnlicher Unfähigkeit einer Regierung und eines Staates, sich mit mehr als sechs Millionen Arbeitslosen in einem Lande abzuplagen, das trotz unermeßlichen Bodenreichtums zu den schwachbevölkerten Gebieten der Erde gehört. Die Ueberschätzung der Regierung Hoovers, die Ueberschätzung der Vereinigten Staaten und ihrer Einrichtungen überhaupt, wird für Europa und nicht zuletzt für Deutschland noch mit mancherlei Nackenschlägen verbunden bleiben, wenn nicht der alte europäische Pioniergeist endlich wieder Verhältnisse im eigenen Erdteil schafft, die wirklich den Frieden Europas, die Zufriedenheit aller seiner Völker und damit die alte Schlagkraft wiederherstellen.

Bei Ihren Einkäufen sagen Sie bitte dem Verkäufer, daß Sie die Anzeige im „Courier" gelesen haben.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"